

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik hoben übereinstimmend die Notwendigkeit hervor, allen Versuchen entschieden entgegenzuwirken, die darauf abzielen, ein Übereinkommen auf höchster Ebene über die dringendsten Maßnahmen zur Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges und zur internationalen Entspannung zu verhindern.

Beide Seiten betonten erneut ihren Willen, in ihrer Friedenspolitik eng zusammenzuwirken, sowie ihre brüderliche Verbundenheit mit der Sowjetunion und allen anderen sozialistischen Staaten ständig zu festigen.

Beide Seiten hoben mit Genugtuung hervor, daß das internationale Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik im Ergebnis ihrer friedlichen Außenpolitik bedeutend gewachsen ist. Die ungarische Regierung verurteilt die Ausschließlichkeitsanmaßung der Bundesregierung und begrüßt die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zur Deutschen Demokratischen Republik, die der realen Tatsache der Existenz zweier deutscher Staaten Rechnung trägt und dem Frieden in Europa dient.

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik geben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, sich in ihrer Außenpolitik von den Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten verschiedener gesellschaftlicher und politischer Systeme leiten zu lassen und friedliche Beziehungen zu allen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils herzustellen.

III

Die Delegationen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik stellen mit Befriedigung fest, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der Grundlage des proletarischen Internationalismus sich auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens entwickelt und gefestigt haben.

Im Jahre 1957 wurden Abkommen über Konsularangelegenheiten, Rechtshilfe, Veterinärwesen, Pflanzenschutz sowie ein Abkommen über nichtkommerzielle Zahlungen unterzeichnet. In Vorbereitung befinden sich Abkommen über Sozialversicherung und Gesundheitswesen. Durch die Unterzeichnung dieser Abkommen stellen die beiden Regierungen